



Ulrike Höfken

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Verbraucherpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen

Bericht aus Berlin

Zur Landesdelegiertenversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz

Am 29./30.09.2007 in Neuwied



Besuch auf dem Camp der LandeschülerInnenvertretung – Grüne starten Kampagne für Lernmittelfreiheit

Inhalt

I. Aktuelles	S. 3
II. Atompolitik, Klimaschutz und Energie	S. 3
1. Atomwaffen jetzt aus Büchel abziehen	S. 3
2. Energie 2.0 und das Green Car Paper	S. 3
III. Landwirtschaft	S. 4
1. Agrarpolitischer Bericht 2007 der Bundesregierung	S. 4
2. Forschungsgelder für die Gentechnik	S. 5
3. Protestaktion gegen Gentechnik auf dem Simmerner Wochenmarkt	S. 6
IV. Verbraucherschutz / Ernährung	S. 7
1. Verbraucherpreisanstieg bei Milchprodukten	S. 7
2. Verbraucherpolitische Strategie der EU	S. 8
3. Gefährliche Verbraucherprodukte aus China	S. 8
V. Rheinland-Pfalz	S. 9
1. Kreisbereisung Eifelkreis Bitburg-Prüm	S. 9
2. Kampagne zur Lernmittelfreiheit – Grüne diskutieren mit LSV	S. 9
3. Diskussionsveranstaltung zum Ausbau des Flugplatzes Speyer	S. 10
4. Größtes Solarkraftwerk in Rheinland-Pfalz geht ans Netz	S. 11
5. Kein Gesteinsabbau im Naturreservat Nauberg	S. 12
6. Protest gegen das Wohnprojekt „Leben am Golf“	S. 12
7. Verleihung des Umweltpreises durch den KV Bitburg	S. 13
IV. Terminvorschau	S. 14

I. Aktuelles

Ulrike Höfken übernimmt neue Funktion in der Bundestagsfraktion: ab September hat Uli Höfken gemeinsam mit Priska Hinz die Leitung der AG Biotechnologie und Bioethik übernommen.

II. Atompolitik, Klimaschutz und Energie

1. Atomwaffen jetzt aus Büchel abziehen

Wir verlangen den endgültigen Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland – das war die Botschaft der Grünen anlässlich des Hiroshima-Gedenktages am 6. August. Im Rahmen ihrer Teilnahme an zwei von Gegnern der Atomwaffen organisierten Demos in Büchel hat sich Ulrike Höfken zum wiederholten Male für die Verschrottung der dort immer noch gelagerten Atombomben ausgesprochen.

Die rund 20 in der Eifel deponierten Bomben bergen erhebliche Gefahren für die Bevölkerung, zumal jede ein Vielfaches der Sprengkraft der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki besitzt.

Aus diesem Grund hat sich Ulrike Höfken auch mit einem Brief an Verteidigungsminister Jung gewandt, in dem sie Unterstützung für den Abzug sowie einen gemeinsamen Besuch des Nuklearwaffen-Stützpunkts anlässlich des Gedenktags verlangt.

Die Antwort des Verteidigungsministers hat jedoch offen gelegt, dass weder er noch die Bundesregierung weiteren Handlungsbedarf in dieser Sache sehen. Stattdessen beruft er sich auf die Bündnisverpflichtungen seitens der NATO sowie der USA, die eine derartige Unterstützung auch unter Miteinbeziehung nuklearer Mittel im Rahmen der „kollektiven Verteidigungsplanung“ notwendig machten.

Diese Haltung ist für uns nicht akzeptabel. Wir werden uns auch weiterhin engagieren, dass nach Ramstein auch Büchel endlich atomwaffenfrei und sicher wird.

2. Energie 2.0 und das Green Car Paper

Mit der Vorstellung des Grünen Energiekonzepts *Energie 2.0*, das die Fraktion im Juni als konkreten Maßnahmenkatalog zur Erreichung der Energie- und Klimaziele vorgelegt hat, hat sich die Fraktion einem drängenden klimapolitischen Thema im Besonderen zugewandt: der Mobilität, genauer gesagt, dem motorisierten Individualverkehr. 46 Mio. Pkws sind heute auf deutschen Straßen unterwegs, die Straße ist mit riesigem Abstand der Verkehrsträger Nummer 1. Im Vergleich zu der Masse an Verkehr, der auf diesem Weg abgewickelt wird, erwacht die deutsche Automobilindustrie zu langsam aus ihrem Dornröschenschlaf, wie auf der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt zu sehen war.

Wir sind der Auffassung: nur mit neuester, umweltfreundlicher Automobiltechnik wird die Welt das erwartete Wachstum des Automobilbestands in den kommenden Jahrzehnten überhaupt verkraften. Dabei geben wir den Anspruch nicht auf, Verkehre wo immer es geht zu verlagern:

gerade im städtischen Bereich sind wir zu Fuß, mit dem Rad, mit der Bahn oder mit einer Kombination öffentlicher Verkehrsmittel oft schneller und bequemer am Ziel. Für den Fall, dass wir uns doch mit dem Pkw fortbewegen sind im *Green Car Paper* nun explizit unsere Anforderungen an das Auto der Zukunft formuliert: ambitionierte und dynamisch ansteigende Grenzwerte von 120 Gramm CO₂-Ausstoß in 2012 bis auf 80 Gramm in 2020 sind ein Muss. Auch die Möglichkeiten zur Reduktion des Kraftstoffverbrauchs sind noch längst nicht ausgeschöpft – kleinere und leichtere Autos zu produzieren ist das Gebot der Stunde. In der Hybridtechnik müssen die deutschen Autobauer kräftig aufholen, wobei die Klimabilanz entscheidend davon abhängig ist, wie der Strom für den Elektromotor gewonnen wird. Mit einem eigenen Stand auf der IAA haben die Grünen in diesem Jahr ein Zeichen gesetzt und politische Ziele definiert. Diese umzusetzen ist die Aufgabe aller in Zukunft, von Wissenschaft und Politik.

Zum Weiterlesen:

Energie 2.0: die wichtigsten Maßnahmen als Broschüre (Fraktionsfaltblatt 16/86) oder das komplette Programm als Reader (Fraktionspublikation 16/75). Zu bestellen unter versand@gruene-bundestag.de (dort ist auch die gesamte Publikationsliste erhältlich).

Green Car Paper: Faltblatt 16/89, gesamter Fraktionsbeschluss als Reader, Publikation 16/90

Zur Grünen Verkehrspolitik allgemein: Broschüre „Los bei Grün“ (16/67)

III. Landwirtschaft

1. Agrarpolitischer Bericht 2007 der Bundesregierung

Grüne Agrarpolitik war und ist gut für die deutsche Landwirtschaft - das hat der Agrarpolitische Bericht 2007 belegt. Nicht nur die Ertragslage der Öko-Landwirte hat sich aufgrund der großen Nachfrage nach Bio- und Qualitätsprodukten verbessert, auch hat sich die Herstellung von Bioenergien für viele Landwirte zu einem zweiten Standbein entwickelt. Auf diese Weise gelangt die Landwirtschaft endlich in eine bessere Marktposition gegenüber den Abnehmern und gewinnt zugleich an Spielraum für die Erzeugerpreise.

Gerade aufgrund dieser Entwicklungen ist für uns Grüne die gegenwärtige Politik der Bundesregierung nicht nachvollziehbar, da sie die in den letzten Jahren mühsam errungenen Erfolge in der Agrarwirtschaft zunichte zu machen droht. Wir haben die Regierung in einem Antrag dazu aufgefordert, ihre Fehlentscheidungen in der Agrarpolitik zu überdenken (**Drs. 16/5599**):

- Mit ihrem neuen Biokraftstoffquotengesetz treibt die Bundesregierung die Wertschöpfung aus der Biokraftstoffherstellung weg von den mittelständischen Unternehmen in den ländlichen Räumen hin zu den großen Mineralölkonzernen.
- Die drastische Reduzierung der Mittel für die 2. Säule auf EU-, Bundes- und Länderebene gefährdet die Planungssicherheit und somit die Existenz vieler kleiner bis mittlerer Betriebe

und verschlechtert besonders die Situation im ländlichen Raum. Auch wurde die Förderung für den ökologischen Landbau massiv eingeschränkt oder wie in Rheinland-Pfalz auf viel zu niedrigem Niveau beibehalten, so dass Öko-Betriebe einen Prämienrückgang bis zu 40 Prozent hinnehmen müssen und weiter an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ihren europäischen Nachbarn einbüßen.

- Seehofer entpuppt sich als Lobbyist großindustrieller Agrarunternehmen wie Monsanto und BASF, wenn er, wie in dem Entwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Gentechnikgesetzes angekündigt, die Schutzregelungen im bestehenden Gentechnikgesetz zu Lasten der gentechnikfreien Landwirtschaft aufweicht.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den gestiegenen Ansprüchen der Verbraucher an gute Lebensmittel Rechnung zu tragen und die deutsche Landwirtschaft durch gezielte Unterstützung des bäuerlichen, regionalen und ökologischen Anbaus an einem immensen Wachstumsmarkt teilhaben zu lassen.

2. Forschungsgelder für die Gentechnik und Novelle des Gentechnikrechts

Mehr Geld für die Agro-Gentechnikforschung, weniger Geld für den Ökolandbau – auf diese Formel lässt sich die Förderpolitik der Bundesregierung im Bereich Landwirtschaft bringen. Derzeit werden 24 Forschungsprojekte mit gentechnisch veränderten Pflanzen mit Bundesmitteln gefördert. Das geht aus einer Antwort der Regierung auf eine kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen hervor (**Drs. 16/6015; Antwort der Regierung 16/6208**). Forschungsprojekte mit gentechnisch veränderten Pflanzen verschlingen 25,2 Mio. Euro (Förderung durch das Bundesforschungsministerium mit 21,5 Mill. Euro, durch das Landwirtschaftsministerium mit 3,7 Mill. Euro). Dagegen wurden die dringend benötigten Forschungsmittel für den Öko-Landbau im Jahr 2007 um 20% auf 16 Mio. Euro gekürzt, für 2008 steht eine weitere Kürzung von 6 Mio. Euro auf der Agenda.

Einige der Forschungsprojekte im Bereich der Agro-Gentechnikforschung (zum größten Teil bereits unter rot-grün initiiert) befassen sich auch mit sinnvollen Fragen wie z.B. der biologischen Sicherheit oder mit Fragen zur Sicherung der Koexistenz (z.B. der noch von Renate Künast angestoßene Erprobungsanbau von Mais zur Langzeituntersuchung bei Mais) oder zum Anbau begleitenden Monitoring. Gegen jegliche Verbraucherinteressen fördert die schwarz-rote Regierung nun aber auch äußerst fragwürdige Projekte wie die Entwicklung gentechnisch veränderter kälteresistenter Weihnachtssterne.

Als „Sicherheitsforschung“ versteht die Bundesregierung auch das Projekt „Kommunikationsmanagement in der Sicherheitsforschung“. Mehr als 1 Mio. Euro gehen dafür an die privatwirtschaftliche Firma Genius GmbH, die unter anderem die Internetseite www.biosicherheit.de betreut. Kunden der Firma Genius sind unter anderem auch große Gentechnikkonzerne wie Bayer CropScience oder BASF. Wir halten dies für skandalös und jeglicher Risikoforschung für unwürdig:

öffentliche Steuergelder gehören nicht in die Förderung von überholten Technologien und privaten Wirtschaftsinteressen, sondern in Zukunftsbereiche wie Ökolandbau- und Klimaforschung sowie nachhaltige Energieerzeugung!

Die von Minister Seehofer vorgeschlagene Novelle des Gentechnikgesetzes lehnen wir rundherum ab – sie widerspricht Verbraucherinteressen und lässt die Landwirte mit den konkreten Problemen allein. Mit der Ermöglichung von Privatabsprachen zwischen Landwirten soll geltendes Recht unterlaufen werden.

In der soeben erfolgten Bundesrats-Stellungnahme haben sich auch die Länder dazu bekannt, sowohl die Haftungsregelungen als auch das Standortregister einschränken zu wollen. Diese Verschlechterung des Gentechnikgesetzes ist höchst fahrlässig und lässt die Landwirte ins offene Messer laufen. Landwirte und Verarbeitungsbetriebe fordern eine praktikable und klare Lösung, auch für Verunreinigungen mit gentechnisch veränderten Organismen unter 0,9 Prozent. Wir fordern einen vollen Anspruch auf Entschädigung dann, wenn die Ernteprodukte so sehr verunreinigt sind, dass der betroffene Landwirt sie nicht mehr verkaufen kann.

Die Ziele des Rot-Grünen Gentechnikgesetzes sind der Schutz der gentechnikfreien Produktion und die Vermeidung von Risiken für Mensch und Natur. Dieses in seiner Substanz zu erhalten, dafür werden wir in den anstehenden parlamentarischen Beratungen zur Seehoferschen Gesetzesnovelle kämpfen.

3. Protestaktion gegen Gentechnik auf dem Simmerner Wochenmarkt

Im Bienenkostüm protestierten Mitte August Mitglieder des Grünen Kreisverbandes Rhein-Hunsrück, der Slowfood-Regionalgruppe Eifel-Mosel-Hunsrück sowie der BUND-Regionalgruppe Rheinböllen auf dem Simmerner Wochenmarkt gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Ein Imker aus der Region bot sein Produkt zur Verköstigung an, gleichzeitig wurden die interessierten Passanten auf die Problematik der Gentechnik speziell für die Imker aufmerksam gemacht, deren Bienen sich beim Sammeln von Pollen eben nicht an Feldgrenzen halten. Mindestabstände zwischen Feldern mit Genpflanzen und konventionellem Anbau von 150 bis 300 Metern, wie sie die Seehofersche Gesetzesnovelle vorsieht, sind bloße Augenwischerei. Sie können die Übertragung von gentechnisch veränderten Pollen, sei es durch Bienen oder über die Luft, nicht verhindern. Ökologisch wirtschaftende Imker sind zudem in ihrer Existenz bedroht, wenn sie aufgrund umliegender Genfelder die Reinheit ihres Produkts nicht mehr garantieren können.

Aktionsvorschlag für Kreisverbände:

Protestaktion gegen Gentechnik mit einem Imker auf dem Wochenmarkt – Informationsmaterial kann aus dem Regionalbüro Mainz (Kontakt siehe Ende des Berichts) bezogen werden, dort können auch zwei Bienenkostüme ausgeliehen werden – Aufmerksamkeit für den Grünen Stand garantiert!

IV. Verbraucherschutz/ Ernährung

1. Verbraucherpreisanstieg bei Milchprodukten

Nach den jüngsten Preiserhöhungen bei Milchprodukten um bis zu 50 Prozent richtet die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen ihr Augenmerk auf den Zwiespalt aus einerseits gerechtfertigten Milchpreisforderungen der Erzeuger und andererseits den erhöhten finanziellen Belastungen insbesondere der Bürger mit niedrigen Einkommen, die unter den Preissteigerungen besonders leiden (**s. Kleine Anfrage Drs. 16/6296, Antwort der Regierung Drs. 16/6248**).

Die Zukunft des Milchmarkts und somit auch die Milchpreisentwicklung sind für die deutsche Landwirtschaft von großer Bedeutung, da die Milchwirtschaft den wichtigsten Einkommenszweig darstellt. Die derzeitigen Milchpreise von 70 bis 75 Cent, denen ein Erzeugerpreis von ca. 30 Cent zu Grunde liegt, sind noch lange nicht ausreichend, um den realistischen Wert der Milch in der gesamten Produktionskette sicherzustellen. Das machte auch Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Milchviehhalter, in einer Anhörung des Bundestags-Agrarausschusses deutlich. Dies gilt umso mehr, als die Molkereien in den vergangenen Jahren mit Handelskonzernen höhere Milchabgabepreise vereinbart haben, diese aber wiederum nicht an die Milchbauern weitergegeben wurden.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage geht hervor, dass sie keine Antwort darauf hat, wie bäuerliche Betriebe in Mittelgebirgsregionen eine Perspektive erhalten sollen. Der Verweis von Bundesminister Seehofer auf eine zukünftige Förderung durch die Agrarumweltmaßnahmen ist mehr als zynisch, da die Bundesregierung und die Länder die Mittel hierfür gerade erst drastisch gekürzt haben und Seehofer eine Aufstockung bei der anstehenden EU-Reformdiskussion ablehnt.

Wir fordern von der Bundesregierung Konzepte für eine Milchmarktreform in der EU, die moderne marktgerechte Mengenregulierungsinstrumente zur Anpassung von Angebot und Nachfrage beinhalten, um die Entstehung von Milchseen und einen erneuten Preisverfall bei Milchprodukten zu verhindern.

Die Milchpreisdiskussion muss jedoch auch Anlass sei, darüber nachzudenken, wie finanzielle Mehrbelastungen für einkommensschwache Familien vermieden werden können. Mit dem aktuellen Regelsatz für Kinder von ALG-II-Empfängern kann eine ausgewogene Ernährung von Jugendlichen nicht sichergestellt werden, so eine Studie des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund. Unsere Forderung, die Hartz-IV-Sätze, insbesondere für Kinder und Jugendliche, anzupassen und ihnen so eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen, hat die Bundesregierung bislang ignoriert und lediglich zugegeben, dass in den einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten ein verstärkter Aufklärungsbedarf in Bezug auf eine ausgewogene Lebensweise bestehe. Der Appell an die Eigenverantwortung ist aber zynisch, wenn schlichtweg das Geld fehlt, um ein Schulessen zu bezahlen.

2. Verbraucherpolitische Strategie der EU (2007-2013)

Grundsätzlich begrüßen wir die von der Europäischen Kommission vorgestellte Strategie für die kommenden Jahre (**KOM-Nr. (2007)99; Ratsdok.-Nr. 7503/07**). Dennoch sind wir der Meinung, dass einige Aspekte des Verbraucherschutzes noch nicht ausreichende Berücksichtigung auf europäischer Ebene finden.

Neben der Bewahrung des bisherigen hohen Verbraucherschutzniveaus lehnen wir Ansätze zur Vollharmonisierung der Verbraucherschutzvorschriften ab, um auch weiterhin nationale Spielräume zugunsten der VerbraucherInnen ausnutzen zu können.

Ein zentraler Punkt ist nach Ansicht von Bündnis 90/Die Grünen die Einführung von Sammelklagen, um der Stimme der VerbraucherInnen auch bei Kleinschäden auf unbürokratische Weise das nötige Gehör zu verschaffen.

Längst überfällig ist außerdem eine europäische Richtlinie zur Informationsfreiheit für VerbraucherInnen. Nur so kann unserer Meinung nach dem vorherrschenden Mangel an Transparenz insbesondere gegenüber Unternehmen begegnet werden. Dabei müssen auch die bestehenden Transparenzinstrumente wie z.B. die Vorgaben zur Energieverbrauchskennzeichnung sowie die CO₂-Kennzeichnung bei PKW weiterentwickelt werden.

Auch fordern wir, dass der Nachhaltigkeitsgedanke bei der Auszeichnung von Produkten mehr Beachtung findet. Die BürgerInnen haben ein Recht darauf, beim Einkauf über die Umwelt- und Sozialbedingungen bei der Produktion der Konsumgüter informiert zu werden.

Bei Versicherungen ist mehr Kostentransparenz vonnöten, um Verbraucher vor ruinösen Fehlentscheidungen zu bewahren, so beispielsweise im Bereich der Altersvorsorge.

Um Verbraucherinteressen bürgernah zu vertreten braucht Europa eine unabhängige Verbrauchervertretung. Diese sollte neben den Europäischen Beratungsstellen um eine Europäische Verbraucheragentur erweitert werden, die sich auch der Forschung sowie der Erfüllung der Daueraufgabe Verbraucherschutz widmen kann.

3. Gefährliche Verbraucherprodukte aus China

Die aktuellen, besorgniserregenden Funde, die in letzter Zeit gerade bei Spielwaren „made in China“ für Aufruhr sorgten, machen wieder einmal deutlich, wie wichtig hier ein entschlossenes Durchgreifen seitens der Bundesregierung ist. Sei es die bleibelastete Barbie-Puppe oder die Zahnpasta mit Glykol, die BürgerInnen haben ein Recht darauf, vor diesen massiv gesundheitsschädigenden Produkten geschützt zu werden, die auffallend häufig aus der Volksrepublik China stammen.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen in diesem Zusammenhang (**Drs. 16/6256**) zeigt: die Bundesregierung stochert bei dem Problem im Nebel. Bis zu 39 Prozent der

Sache nicht besser. Für uns Grüne sieht eine soziale und gerechte Bildungspolitik jedoch anders aus, zumal PISA- und OECD-Studien jüngst wieder darauf hingewiesen haben, dass die soziale Herkunft in Deutschland besonders stark die Bildungschancen der Kinder beeinflusst.

Rund 60 TeilnehmerInnen des Feriencamps der LandesschülerInnenvertretung beteiligten sich hierzu an einer Diskussion mit Ulrike Höfken, VertreterInnen der LAG Bildung sowie der AG Familie und brachten ihre persönlichen Erfahrungen mit ein. Dabei machten sie auf weitere Widersprüche aufmerksam. So sind beispielsweise die ausgeteilten Lernmittelgutscheine nur für den Kauf von Büchern in Buchhandlungen geeignet, obwohl die SchülerInnen diese oftmals viel günstiger auf Bücherflohmärkten erstehen könnten. Durchweg wurde kritisiert, dass die Gutscheine bei weitem nicht langem, um alle Kosten zu decken, gerade in der Oberstufe kämen durch Lektüren für den Deutschunterricht, Atlanten, etc. weitaus höhere Kosten auf die SchülerInnen zu. Einigermassen erstaunt zeigten sich die SchülerInnen im Gespräch auch über die unterschiedliche Handhabung ihrer Beteiligung an den Schulbuchkommissionen. So sehen manche Schulen eine Beteiligung der SchülerInnen an den Entscheidungen, welche Bücher eingeführt werden, vor, andere hingegen nicht. Zuletzt kam das Gespräch auf Schulpolitik im Allgemeinen, hier gab die Mehrzahl der TeilnehmerInnen ihrem Wunsch nach einer demokratischeren Schule und nach längerem gemeinsamen Lernen Ausdruck. Eine Abiturientin berichtete hierzu von den positiven Erfahrungen, die sie während eines Austauschs in Finnland gemacht hatte. Insgesamt bestärkte uns die Diskussion mit den Jugendlichen in den schulpolitischen Zielen, die wir Grünen in Rheinland-Pfalz seit langem verfolgen.

Mit unserer Unterschriftenaktion für Lernmittelfreiheit in diesem Jahr wollen wir die Landesregierung in die Verantwortung nehmen, jedem Kind die Bücher zur Verfügung zu stellen, die es für seine erfolgreiche schulische Entwicklung benötigt.

Aufruf: Bitte beteiligt auch Ihr euch an der Unterschriftenaktion zur Lernmittelfreiheit, indem Ihr in Eurem Umfeld, gerade bei Eltern schulpflichtiger Kinder oder auch am Stand Eures Kreisverbandes Unterschriften sammelt. Unterschriftenlisten erhaltet Ihr im Regionalbüro in Mainz.

3. Diskussionsveranstaltung zum Ausbau des Flugplatzes Speyer

Ca. 200 TeilnehmerInnen waren zu einer Podiumsdiskussion über den geplanten Ausbau des Flugplatzes Speyer gekommen, zu dem die Bürgerinitiative Ulrike Höfken sowie VertreterInnen des BUND geladen hatte. Alle eingeladenen Ausbaubefürworter hatten ihre Teilnahme abgesagt, von den CDU- und SPD-Vertreterinnen bis hin zu VertreterInnen der Kirchen, trotz (oder wegen) der Betroffenheit des Speyerer Doms durch den geplanten Ausbau.

Insgesamt wurde der Unmut über die Ausbaupläne, die von der Landesregierung massiv unterstützt werden, sehr deutlich. Einerseits würden die im Falle eines Ausbaus nötigen Eingriffe in die Natur durch die Verlängerung der Landebahn einen irreparablen Schaden darstellen – in

unmittelbarer Rhein-Nähe sollen über hundertjährige Stieleichen eines einmaligen Hartholzauenwaldes zur „Herstellung von Sichtfreiheit“ einfach geköpft werden. Doch wiegen auch Sicherheitsbedenken dieses auch in Zukunft nur im Sichtflug anzusteuernenden Flugplatzes schwer, zumal sich in unmittelbarer Nähe der Landebahn ein Tanklager und chemische Fabrikationsanlagen befinden.

Ein Draufzahlgeschäft für die Region und das Land würde der Flughafen allemal – wie auch schon die Deutsche Bank in einem Gutachten über die Wirtschaftlichkeit von Regionalflyghäfen nichts Gutes an der Flugplatzpolitik der Länder lässt. Demnach können Flughäfen erst ab einer Größe von 500.000 Passagieren wirtschaftlich arbeiten – ansonsten sind sie nur höchst unrentabel auf Steuerkosten zu betreiben und fügen zudem noch wettbewerbsfähigen Konkurrenten Schaden zu.

Die Grünen in Speyer haben die Impulse der Veranstaltung aufgegriffen und legen mit neuen Anfragen im Stadtrat den Finger in die Wunde. Wir Grünen werden auch weiterhin gegen eine Politik der Geldverbrennung für Kleinflugplätze wie Speyer oder Bitburg eintreten.

4. Größtes Solarkraft in Rheinland-Pfalz geht ans Netz

Gemeinsam mit dem KV Trier besuchte Uli Höfken am 16. August Longuich bei Trier, wo voraussichtlich noch im September das bisher größte Sonnenkraftwerk in Rheinland-Pfalz ans Netz gehen wird.

Die 3-Megawatt-Anlage dient dabei nicht nur der emissionsfreien und nachhaltigen Stromerzeugung, sondern unterstützt darüber hinaus den Unternehmenszweck der Bürgerservice gGmbH Trier. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen zu qualifizieren und in die Arbeitswelt zu integrieren, wie Horst Schneider, Geschäftsführer der gemeinnützigen Bürgerservice GmbH erläuterte. So werden die Mitarbeiter bei der Installation der Anlage sowie bei der anschließenden Wartung und Pflege der Solaranlage eingesetzt.

Die Bürgermeisterin der Gemeinde, Kathrin Schlöder betonte zudem, dass die auf 13 Hektar montierten 45.360 Solarmodule voraussichtlich mehr Strom erzeugen werden, als alle Haushalte der Gemeinde für ihre Versorgung brauchen. Die Longuicher haben somit gute Chancen, eine Spitzenposition in der Solarbundesliga zu erreichen, welche regelmäßig von der Deutschen Umwelthilfe ermittelt wird.

Dass es sich bei dem Investor des Projektes um einen britischen Geldgeber handelt, führt der Projektmanager des Generalunternehmens Phoenix Solar AG, Herr Dauer, vor allem auf die in Deutschland seit Einführung des EEG durch Rot-Grün herrschenden günstigen Rahmenbedingungen zur Förderung erneuerbarer Energien zurück.

5. Kein Gesteinsabbau im Naturreservat Nauberg

An vielen Stellen in Rheinland-Pfalz ist der Gesteinsabbau ein Problem.

Im Rahmen eines Besuchs des Westerwaldkreises mit ca. 40 TeilnehmerInnen machte sich Ulrike Höfken ein Bild von der Lage am Nauberg, nahe Norken. In diesem Naturreservat findet seit Jahren eine Ausbeutung der Basaltvorkommen durch die Basalt AG statt.

Gemeinsam mit den Mitgliedern der Bürgerinitiative „Erhaltet den Nauberg“ setzt sich Ulrike Höfken nun gegen die Erweiterung des bestehenden Steinbruchs ein und hat in einem Brief an die Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz, Margit Conrad, Aufklärung über die weiteren Pläne des Steinbruchbetreibers sowie das Vorgehen der Landesregierung in dieser Sache gefordert.

So besteht beispielsweise die Möglichkeit, den Nauberg-Wald als FFH-Gebiet auszuweisen, um auf diese Weise die Errichtung neuer Abbaugebiete zu verhindern. Ebenso fordern wir die Landesregierung dazu auf, zu prüfen, inwieweit die Betreiberfirma ihren Verpflichtungen zur Rekultivierung in dem Naturreservat nachkommt.

6. Protest gegen das Wohnprojekt „Leben auf dem Golf“

Hohe Wellen schlagen die Planungen für das Großprojekt „Leben auf dem Golf“ auf dem Fellericher Plateau. BürgerInnen, Naturschützer und Grüne gehen gemeinsam gegen das millionenschwere Projekt vor, das ein Golf-Resort mit Hotel sowie angeschlossenem Wohngebiet in überdimensionierter Größe vorsieht. Auf ihrer Rheinland-Pfalz-Tour informierte sich Ulrike Höfken vor Ort über den aktuellen Stand der Planungen und diskutierte mit etwa 100 BürgerInnen, sowohl Gegnern als auch Befürwortern des Projekts, die der Einladung des Grünen Ortsverbandes Konz gefolgt waren.

Der geplante Erholungspark mit 400 (!) vorgesehenen Wohneinheiten spaltet die Gemüter. Einige, wie zum Beispiel die bei der Begehung anwesenden CDU-Ratsmitglieder, erhoffen sich positive Effekte für den Tourismus der Region und höhere Grundstückspreise. Andere hingegen fürchten die umwelt- und verkehrstechnischen Folgeschäden für die Region, zumal das Projekt massiv im Widerspruch steht zu den Grundsätzen des Baugesetzbuches zum Bauen im Außenbereich sowie den Zielen der geltenden Landesentwicklungspläne.

Ulrike Höfken machte auch darauf aufmerksam, dass der Wert der heute landwirtschaftlich genutzten Flächen in Zukunft wohl wieder steigen wird, wie man heute schon an den erhöhten Getreidepreisen sehen kann, so dass die geplante Umwidmung von 194 Hektar Nutzfläche und der Verkauf für nur 3 Euro pro ha kaum zu verantworten sei. Um die Entwicklung eines neuen „Dorfes im Dorf“ zu verhindern, plädierte sie außerdem dafür, erst die noch freien Flächen innerhalb der Gemeinden zu bebauen, bevor eine derartig große Fläche zum Bauland

ausgewiesen wird, zumal die touristische Attraktivität eines luxuriösen Golf-Resorts in der Region bezweifelt werden darf.

Die Änderung der Flächennutzungspläne wurde inzwischen in beiden Gemeinden abgelehnt, Ende des Monats befasst sich der VG-Rat.

Für große Aufregung sorgte im Nachhinein eine Pressemitteilung der Grünen, die von einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wegen Veruntreuung gegen den Bürgermeister der VG Konz sprach. Die Ermittlungen befänden sich erst in einem Vorstadium, ließ die Staatsanwaltschaft verlauten. Die Staatsanwaltschaft hatte aber tatsächlich selbst in uns vorliegenden Schreiben –wohl irrtümlich- von „Ermittlungsverfahren“ gesprochen.

7. Verleihung des Umweltpreises durch den KV Bitburg

Anfang September haben Ulrike Höfken und Helmut Fink stellvertretend für den Kreisverband Bitburg-Prüm den mit insgesamt 1.000€ dotierten Umweltpreis im Rahmen eines Grünen Marktplatzes in Bitburg verliehen. Nachdem der Eifelkreis Bitburg-Prüm die Verleihung dieser Auszeichnung aus Kostengründen eingestellt hatte, hat es sich eine Initiative aus Vertretern von Nabu, BUND sowie des Bitburger Kreisverbandes von Bündnis 90/ Die Grünen zur Aufgabe gemacht, alle zwei Jahre ausgewählte Projekte ehrenamtlichen sowie kommunalen Engagements im Umweltbereich zu würdigen. Inzwischen ist die Preisverleihung eine große öffentliche Veranstaltung mit Marktständen, Ausstellung, Flohmarkt und Musik-Band zur Unterhaltung.

Bei sieben Einreichungen, darunter vier private sowie drei kommunale Projekte, ging der diesjährige Preis an die Schulklasse einer Bitburger Realschule, welche gemeinsam mit Lehrern und Eltern auf dem Schulgelände ein Grünes Klassenzimmer entwickelt und gestaltet hat, das in Zukunft zum Unterrichten der Fächer Biologie und Hauswirtschaftslehre genutzt werden soll, sowie an eine langjährig aktive Umweltschützerin aus einer Nachbargemeinde. Zu den weiteren nominierten Konzepten zählte neben einer Bürgerinitiative aus Binsfeld, die sich mit Aktivitäten um den Umweltschutz rund um den Flugplatz Spangdahlem bemüht, die Ortsgemeinde Niehl, die derzeit als erste in Rheinland-Pfalz plant, ihre Abwasserentsorgung selbst in die Hand zu nehmen und privatrechtlich über einen Abwasserverein abzuwickeln.

Zur Nachahmung empfohlen – wir können seit Jahren eine super Berichterstattung erzielen!

IV. Terminvorschau

- 27.9., 19.30 Uhr: **Verkehr - Stiefkind der Klimapolitik** - Diskussionsveranstaltung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen mit Ulrike Höfken MdB, Winfried Hermann MdB, Prof. Heiner Monheim (Uni Trier) und Dr. Richard Groß (Vorsitzender der Initiative Region Trier). Ramada Hotel, Kaiserstraße 29, Trier
<http://www.gruene-bundestag.de/cms/service/dok/196/196029.htm>
- 27.9., 15 Uhr: Informationsgespräch zum geplanten **Hochmoselübergang** mit VertreterInnen der Bürgerinitiative und dem BUND, Hotel Ürziger Würzgarten, Moselufer 44, 54539 Ürzig
- 4.10. **Symposium zur Schaf- und Ziegenhaltung** in Mitteleuropa in Iden/ Sachsen-Anhalt
- 4.10., 19.30-21.30 Uhr: Das Tier als Mitgeschöpf – **Bilanz und Perspektiven grüner parlamentarischer Tierschutzarbeit in Bayern**. Fachgespräch der Grünen Fraktion im Bayerischen Landtag mit Ulrike Höfken. Anmeldung über Barbara Rütting, MdL, Grüne, Bayerischer Landtag.
- 5.10. **Tierschutzkonferenz** der Grünen Bundestagsfraktion. Ulrike Höfken moderiert das Forum: "Essen geht durch den Magen - werden wir auch ohne Tierquälerei satt", ganztägig, Reichstagsgebäude
<http://www.gruene-bundestag.de/cms/service/dok/192/192298.htm>
- 13.10-14.10. **European Green Party Council Meeting** in Wien
- 20.10.-21.10. **Jugendumweltkonferenz** der Bundestagsfraktion 2007. Ulrike Höfken moderiert den Workshop: "Essen, Wasser, Energie - Herausforderungen für die Landwirtschaft", Reichstagsgebäude
<http://www.gruene-bundestag.de/cms/service/dok/196/196610.htm>
- 28.10., 15-18 Uhr: **Fachgespräch „Ökolandbau** – Welche Rahmenbedingungen benötigt die Ökologische Landwirtschaft und welche Maßnahmen sind nötig, um die heimische Bio-Erzeugung zu stärken“, Jakob-Kaiser-Haus 2.732, Dorotheenstraße 101, Berlin. Anmeldung und Programm erhältlich im Berliner Büro von Ulrike Höfken.
- 7.11., 10.30-16.30 Uhr: **3. Kongress für Schulverpflegung**. Schulmahlzeit und Ernährungsbildung – Basis für die Tischgäste von morgen!, Leipzig. Podiumsdiskussion mit Ulrike Höfken: „Unsere Kinder werden satt, aber nicht unbedingt gesund!“
- 8.11.-9.11. Ulrike Höfken auf der **7. Biomasse-Tagung Rheinland-Pfalz** auf dem Umweltcampus in Birkenfeld
- 16./17.11., 15-21 Uhr: **Konferenz der Grünen Bundestagsfraktion „Essen wir das Klima auf?“**, Berlin. Ulrike Höfken moderiert das Forum: Handel als Schnittstelle beim Klimaschutz
- 20.11. **Gentechnik-Veranstaltung** mit dem Grünen-Kreisverband in Frankenthal
- 21.11. **Gentechnik-Veranstaltung** mit dem Grünen-Kreisverband in Kusel

Kontakt Büro Uli Höfken:

Berlin: Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030-22771656 Ulrike.hoefken@bundestag.de	Mainz: Walpodenstraße 5 55116 Mainz Tel.: 06131-233278 Ulrike.hoefken@wk.bundestag.de	Bitburg: Petersstraße 11 54634 Bitburg Tel.: 06561-948709 Ulrike.hoefken.bitburg@web.de
---	--	--

